



Goldau, 20. Juni 2026

Verbesserungen zugunsten der Bevölkerung sind gewünscht

Eine reich befrachtete Pendenzenliste steht am kommenden Mittwoch im Kantonsrat an. Zugunsten eines sozialen Kantons Schwyz hat die SP-/Grüne-Fraktion eine klare Haltung.

Zukunft wird uns einholen

Der Jahresbericht 2025 reiht sich ein in die Berichte der vergangenen Jahre: Mehr Steuereinnahmen als erwartet, weniger Investitionen als geplant und verzögerte Projekte über alle Departemente. „Obwohl die finanzielle Lage des Kantons es erlauben würde, wird nicht in eine leistungsfähige Verwaltung investiert - das wird uns in Zukunft noch einholen“, sagt Bianca Bamert, Kantonsrätin SP aus Freienbach. Die SP/Grüne-Fraktion lehnt deshalb den Jahresbericht 2025 ab.

Hoher administrativer Aufwand

Ob eine Verbesserung und Objektivierung der Qualitätskontrolle im Medizinalwesen des Kantons Schwyz mit der Motion M 17/25 erfolgen würde, ist mehr als fraglich. Der Regierungsrat hat in seiner Antwort aufgezeigt, wie die kantonale Qualitätssicherung im Medizinalwesen optimiert werden kann. SP-Kantonsrätin Aurelia Imlig meint dazu: «Der höhere administrative Aufwand für die Qualitätskontrolle, den die Motion der SVP fordert, hätte einen massiven und dauerhaften Stellenausbau zur Folge und somit letztlich höherer Krankenkassenprämien!»

Zielführender: interkantonale Zusammenarbeit

Zur Motion 20/25 Spital-Allianz Schwyz führt SP-Kantonsrätin Aurelia Imlig aus: «Mit einer besseren, mutigeren Spitalplanung, welche die SP im Jahr 2023 schon gefordert hat, wäre es nicht zu dem drohenden Fiasko gekommen, das wir nun zunehmend haben. Die Motion Spital-Allianz Schwyz finde ich jedoch zu weit gehend, zu starr und rechtlich kaum umsetzbar. Eine interkantonale Zusammenarbeit, wie das vom Postulat P 10/24 vorgeschlagen wird, wäre zielführender.»

Win-Win-Situation für Kanton und Volksschule anstreben

Die Absicht des Regierungsrates, Masterstudien in Schulischer Heilpädagogik finanziell befristet zu unterstützen und damit einer weiteren Deprofessionalisierung entgegenzuwirken, wird von der Fraktion klar unterstützt. "Aber unser gemeinsamer parteiübergreifender Vorstoss mit Unterzeichnenden aus der Bildungs- und Kulturkommission wollte eine solche mögliche Unterstützung für alle Lehrpersonen anbieten", hält Kantonsrat Franz Camenzind fest, "und daran möchten wir festhalten." Gerade mit den angedachten eindeutigen Rückerstattungsregeln wäre eine Win-Win-Situation für den Kanton und seine Volksschule angelegt.

Nein zur Einzelinitiative

Die SP/Grünen-Fraktion lehnt die Einzelinitiative «EI 2/25: Verwaltungswachstum bremsen» entschieden ab. Der Stellenbestand und das Stellenwachstum sind im Kanton Schwyz im nationalen Vergleich bereits

jetzt sehr tief. «Die Regierung und das Parlament haben bereits jetzt genügend Stellschrauben, um die vorhandenen Ressourcen sinnvoll einzusetzen», sagt Fraktionspräsident Jonathan Prelicz. "Zudem verfügen die FDP und SVP sowohl im Kantons- wie im Regierungsrat bereits jetzt eine klare Mehrheit und können den Stellenbestand dadurch steuern." Das der Vorstoss unnötig ist, zeigt auch die Antwort der rechtsbürgerlichen Regierung auf.

Notunterkunft auch über den Tag öffnen

Im Kaltbach übernachteten abgewiesene Asylbewerber derzeit in einer Notunterkunft. Diese ist von 9.30 bis 19 Uhr oftmals geschlossen. Die Folgen dieser Massnahme sind offensichtlich: Die betroffenen Menschen sind den Tag durch obdachlos und müssen sich gezwungenermassen im öffentlichen Raum aufhalten. Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Mitte und GLP fordert die SP/Grünen-Fraktion mittels Postulats, dass die Notunterkunft im Kaltbach für die betroffenen abgewiesenen Asylbewerber in Zukunft durchgehend offensteht.

Interkantonale Zusammenarbeit für Opfer

Die SP/Grüne-Fraktion wird das Postulat P 23/25 „Vertrauliche Spurensicherung bei häuslicher und sexueller Gewalt durch Forensic Nurse“ natürlich unterstützen. SP-Kantonsrätin Carmen Muffler führt aus: „Als Opfer von häuslicher oder sexueller Gewalt kann es schnell eine Überforderung darstellen, sich direkt für eine Strafanzeige aussprechen zu müssen. Entsprechend wichtig ist die Spurensicherung, auch wenn sich das Opfer noch nicht zu einer Strafanzeige bekennen möchte.“ Eine interkantonale Zusammenarbeit scheint durch dieses Postulat eine gute Lösung zu sein.

Veranstalter müssen entlastet werden

Die breit abgestützte Motion zur Lockerung von Anlassbewilligungen findet bei der Regierung kein Gehör. Mit Verweis auf Crans-Montana werden Sicherheitsbedenken ins Feld geführt. Motionär Andreas Imbaumgarten kann dies nachvollziehen, möchte aber am Anliegen festhalten: «Die Bedenken seitens Regierung sind legitim. Ich bin aber zuversichtlich, dass sich ein Weg finden lässt, um unser Ziel zu erreichen und die Sicherheit dennoch adäquat zu berücksichtigen.»

Tiefere Nebenkosten als Ergebnis

Die Motion fordert, dass steuerliche Abzüge für Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen an unter anderem selbstgenutzten Liegenschaften auch nach der bundesrechtlichen Reform (Abschaffung Eigenmietwerts) erhalten bleiben. Dave Heinzer, Kantonsrat, dazu: "Dadurch sollen die energetischen Sanierungen attraktiv bleiben und Mietenden in den Objekten mehr Komfort und tiefere Nebenkosten geboten werden."

SP/Grüne-Fraktion des Schwyzer Kantonsrats

Kontakt

Jonathan Prelicz, Fraktionspräsident, jonathanprelicz@gmail.com, 079 365 46 59